

schäften. Denn im Zuge der weiteren „historisch notwendigen“ Entwicklung soll das kapitalistische Eigentum einschließlich des Eigentums an Grund und Boden endgültig verschwinden und das Privateigentum der sogenannten einfachen Warenproduzenten, d. h. der Handwerker und der Bauern, in genossenschaftliches Eigentum verwandelt werden. Auch die Garantie des sogenannten persönlichen Eigentums, d. h. des Eigentums an Sachen des persönlichen Gebrauchs, wird nur unvollkommen erfüllt.

Schon der Staatsanwalt kann Beschlagnahmen anordnen, bei Gefahr im Verzuge auch das Untersuchungsorgan (Volkspolizei, Ministerium für Staatssicherheit). Der Richter wird erst nachträglich tätig. Seine Bestätigung ist innerhalb von 48 Stunden einzuholen. Das Vermögen von Beschuldigten kann bereits beschlagnahmt werden, wenn sie nur hinreichend verdächtig sind, ein Verbrechen begangen zu haben, das die Einziehung des Vermögens nach sich ziehen kann (§§ 116, 128, 140 StPO). Pakete, die von Bewohnern der Bundesrepublik an Bewohner der SBZ geschickt werden, werden häufig mit der unzutreffenden Behauptung, es handle sich um Sendungen von Firmen oder Organisationen, beschlagnahmt und eingezogen. Zahlreiche Strafgesetze sehen als Nebenstrafe den Einzug des Vermögens vor. Straftaten werden oft nur zu dem Zwecke konstruiert, das Vermögen des Angeklagten enteignen zu können.

In der volksdemokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung Mitteldeutschlands ist der einzelne nur ein Objekt der Politik der kommunistischen SED.